

Optionen und Maßnahmen



UniNETZ –
Universitäten und Nachhaltige
Entwicklungsziele

Österreichs Handlungsoptionen
zur Umsetzung
der UN-Agenda 2030
für eine lebenswerte Zukunft.

Beschreibung der Option „Common Space: Quartiersorientierte Alltagsökonomie und Ko-Produktion inklusiver Grünräume“

11_11

Target 11.3 und 11.7

Autor_innen:

Exner, Andreas (*Universität Graz*); Kozina, Christian (*Universität Graz*); Strüver, Anke (*Universität Graz*)

Reviewer_innen:

Frey, Iris (*Convive* Wien*);
Novy, Andreas (*Wirtschaftsuniversität Wien*)

Inhalt

3	11_11.1	Ziele der Option
4	11_11.2	Hintergrund der Option
5	11_11.3	Optionenbeschreibung
5	11_11.3.1	Beschreibung der Option bzw. der zugehörigen Maßnahmen bzw. Maßnahmenkombinationen
10	11_11.3.2	Erwartete Wirkweise
11	11_11.3.3	Bisherige Erfahrungen mit dieser Option oder ähnlichen
12	11_11.3.4	Zeithorizont der Wirksamkeit
12	11_11.3.5	Vergleich mit anderen Optionen, mit denen das Ziel erreicht werden kann
12	11_11.3.6	Interaktionen mit anderen Optionen
12	11_11.3.7	Offene Forschungsfragen
13		Literatur

11_11.1 Ziele der Option

Die Option *Common Space* zielt auf die Stärkung der Alltagsökonomie und eine darin integrierte Ko-Produktion inklusiver Grünräume. Unter Alltagsökonomie sind jene sozialen Praktiken zu verstehen, die sich am Gebrauchswert von Räumen, Gütern und Dienstleistungen orientieren (Exner & Strüver, i. E; Gibson-Graham, 2008; Bärnthaler, Kroismayr, Novy, Plank & Strickner, 2019). Die Alltagsökonomie umfasst die Nahversorgung mit den Gütern und Diensten des täglichen Bedarfs, die Daseinsvorsorge, die wir als öffentliche sozial-ökologische Infrastrukturen fassen, der Sorge- bzw. Reproduktionsökonomie sowie die gebrauchswertorientierte Dimension der Erwerbsarbeit. Darunter ist bezahlte Arbeit zu verstehen, die nicht ausgeübt wird, um einen finanziellen Gewinn zu erzielen, sondern um die Lebenserhaltungskosten zu decken (das heißt – in Fachbegriffen ausgedrückt – um die Reproduktion des Lebens aufrecht zu erhalten). Eine gut funktionierende Alltagsökonomie ist die Basis einer hohen Lebensqualität und Krisenresilienz urbaner Räume. Die am Gebrauchswert orientierten Praktiken der Alltagsökonomie bilden einen *Common Space* des Gemeinschaftlichen, des Gewöhnlichen und Gewohnten. In diesem *Common Space* verschränken sich die sozialen und räumlichen Dimensionen ebenso vielfältiger wie routiniert Lebensvollzüge zu einem alltagspraktischen, sozial-räumlichen Beziehungsgeflecht. Dieses Beziehungsgeflecht verdichtet sich an bestimmten Orten wie beispielsweise den Orten der Nahversorgung, aber auch im Rahmen der sozial-ökologischen Infrastrukturen öffentlicher Plätze und Grünräume. Unter einem Quartier ist ein unscharf abzugrenzendes Gebiet solcher Verdichtungen zu verstehen, das heißt ein Einzugsgebiet alltagsökonomischer Praktiken, die die Orte der Produktion mit denen des Konsums von Lebensmitteln im erweiterten Sinn all jener Güter und Dienste, die für die Reproduktion des Lebens notwendig sind, die Orte der Fürsorge, der Pflege sozialer Beziehungen und des Begegnens mit anderen Menschen wie mit urbaner Natur lebendig verflechten.

Die Herstellung von Grünräumen, welche vielfältigen Nutzungsansprüchen sozial inklusiv gerecht werden, ist Teil einer solchen Alltagsökonomie des *Common Space*, geht aber auch darüber hinaus, indem die lebenswichtigen Beiträge, die Bedürfnisse und der Eigensinn nicht-menschlicher Organismen mitberücksichtigt werden. Der Aspekt der Ko-Produktion von Grünräumen umfasst daher nicht allein die Zusammenarbeit zwischen den Bewohner_innen eines Quartiers, öffentlichen Körperschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sondern spricht auch ein Bewusstsein des dabei unerlässlichen Zusammenwirkens von Menschen, Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen an. Der *Common Space*, den die Option adressiert, ist deshalb auch ein Lebensraum im weiteren Sinn, das heißt nicht allein für den Menschen, sondern eine Vielfalt an Lebewesen, die urbane Lebensqualität mit ausmachen. Die Option fokussiert sich bewusst auf diesen Aspekt der Alltagsökonomie. Sie bezieht sich deshalb weniger auf die Orte der Produktion und der Erwerbsarbeit zum Zwecke der Reproduktion des Lebens.

Die Option verfolgt damit zwei übergeordnete Zielsetzungen. Zum einen bietet die Maßstabsebene des Quartiers einen zentralen Ansatzpunkt für urbane Politiken der Nachhaltigkeit, die zunächst einmal die dort vorrangig verorteten menschlichen Bedürfnisse nach konkreten Gebrauchswerten in den Blick nehmen und das damit verknüpfte Alltagsleben mit seinen Routinen ansprechen bzw. verändern müssen. Zum anderen soll Stadt als ein Mensch und Natur übergreifender Lebensraum angesprochen werden, der vielfältige Bezie-

hungen zwischen Menschen und nicht-menschlichen Lebewesen voraussetzt und ermöglicht, und als solcher politisch nachhaltig gestaltet werden soll.

Der Fokus auf die Alltagsökonomie und die Ko-Produktion öffentlicher Grünräume soll soziale Inklusion, Politiken und Strukturen der Teilhabe, sowie die Integration vielfältiger Aspekte der Stadtentwicklung fördern und dazu beitragen, der Multifunktionalität urbaner Räume im Sinne ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit besser gerecht zu werden.

11_11.2 Hintergrund der Option

Die Option *Common Space* reagiert auf die in vielen Städten zu beobachtende Tendenz, die sozial-räumliche Entwicklung zusehends am Tauschwert, das heißt an der kommerziellen und profitorientierten Produktion von Räumen, Gütern und Dienstleistungen auszurichten. Dabei nehmen die gesellschaftliche Konstruktion, rechtliche Kodifizierung und ökonomische Verwertung von Boden als eine fiktive Ware (Polanyi, 1997) einen besonderen Stellenwert ein. Anstelle der konkreten, vielfältigen, situativen und lokal verorteten Bedürfnisse der Bewohner_innen und einer nicht-menschlichen urbanen Lebenswelt wird das Interesse an der Akkumulation von Kapital und einer weitgehenden kybernetischen Steuerung von Stadt Ausgangspunkt von Stadtentwicklung und ihr erstes Ziel. Diese Ausrichtung führt dazu, die Perspektive von Stadtentwicklung auf spezifische Interessen und Rationalitäten zu verengen. Sie berücksichtigt viele soziale und ökologische Aspekte nicht, und erweist sich daher als wenig resilient.

Diese Form der Entwicklung einer gewissermaßen unternehmerischen Stadt (die politisch wie ein einzelnes Unternehmen agiert) (Harvey, 1989) erfolgt zum großen Teil unter dem Gesichtspunkt der systemischen Konkurrenzfähigkeit (vor allem in Hinblick auf andere Städte als Städtewettbewerb), die in vielen Fällen sozialen und ökologischen Zielsetzungen übergeordnet zu werden droht. Dieser Gesichtspunkt richtet die Aufmerksamkeit und eine spezifisch interpretierte Nachhaltigkeit unter anderem auf internationale *Rankings* hin aus, die den Wettbewerbscharakter der unternehmerischen Stadt ebenso reflektieren wie ihrerseits fördern. Die Nachhaltigkeitspolitiken der unternehmerischen Stadt vertrauen in der Regel stark auf technische Lösungsansätze und werden oft von Imagekampagnen flankiert. Dieses technologisch unterlegte *impression management* ist mit den Profitinteressen großer Konzerne eng verbunden, die mehr an quantitativem Wachstum interessiert sind als an einer global nachhaltigen Entwicklung.

Im Rahmen dieser nicht-nachhaltigen Nachhaltigkeitskonzeption wird Stadtentwicklung vor allem im Kontext des Weltmarkts gedacht, wobei die Branchen Tourismus, Hochtechnologien und unternehmensbezogene Dienstleistungen häufig im Fokus stehen. Das Alltagsleben, die dafür nötigen Gebrauchswerte und öffentlichen, sozial-ökologischen Infrastrukturen sowie die für das Alltagsleben konstitutiven sozialen Beziehungen geraten damit aus dem Blick. In der Folge verschiebt sich auch das Verständnis von Nachhaltigkeit. Nicht die gewöhnliche, gewohnte Alltäglichkeit der gelebten *Common Spaces*, selbstgewählte Gemeinschaftlichkeit und das Gemeinsame stehen dann im Mittelpunkt politischer Gestaltung, sondern die außergewöhnliche, individualisierte und quantitativ messbare Leistung, die beständige soziale Anpassung und eine scheinbar grenzenlose Flexibilisierung verlangt. Qualitative Sensibilitäten werden zugunsten quantitativer Metriken in den Hintergrund gedrängt: So werden in vielen Fällen anstelle offener Dialoge geschlossene Programme bevorzugt, die nicht alle Gruppen im Quartier mit einbeziehen.

Diese Konzeption einer nicht-nachhaltigen Nachhaltigkeit prägt zudem das Verhältnis zu den Komponenten von Natur in der Stadt. Vegetation, Tierwelt und Bodenleben werden entweder nicht als Teil urbanen Lebens wahrgenommen und berücksichtigt, oder vorrangig als Funktion des Städtewettbewerbs und der touristischen Anziehungskraft eines urbanen Wirtschaftsstandorts, oder aber ausschließlich als Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse interpretiert.

Damit trägt die unternehmerische Stadtentwicklung nicht nur zu einem problematischen, instrumentellen Naturverhältnis bei, sondern vernachlässigt auch einen zentralen Ansatzpunkt für eine Reihe urbaner Politiken der Nachhaltigkeit: der Alltagsökonomie auf der Ebene des Quartiers. Anders als ein übermäßiges Vertrauen in technologische Lösungsansätze suggeriert, befinden sich die wesentlichen Möglichkeiten für eine nachhaltigere Gestaltung von Stadt nämlich auf der Ebene der alltäglichen Routinen von Menschen, ihrer alltagspraktischen sozial-räumlichen Beziehungsgeflechte. Dort werden die Leitvorstellungen eines guten Lebens geprägt oder hinterfragt, die stark beeinflussen, was politisch als machbar gilt, das heißt welche Legitimität Politiken der Nachhaltigkeit beanspruchen können; schließlich werden dort auch jene Gewohnheiten reproduziert oder verändert, die als nachhaltige oder nicht-nachhaltige Formen des Lebens in der Stadt und ihrer Entwicklung zum Ausdruck kommen.

Die Option *Common Spaces* regt dazu an, mehr Aufmerksamkeit den Infrastrukturen des täglichen Lebens und seinen konkreten Bedürfnissen zu widmen. Dabei spielen sozial-räumliche Nahebeziehungen und -verhältnisse eine herausragende Rolle, gerade in Hinblick auf Nachhaltigkeit. Weiters beinhaltet die Option eine Einhegung und einen Abbau der Finanzialisierung von Wohnraum, um den Zugang zu leistbarem und hochqualitativem Wohnraum für alle zu gewährleisten (siehe auch Option 11_1). Darüber hinaus ist die Option mit einem aktiven Rückbau des motorisierten Individualverkehrs zu verknüpfen. Die grundlegende Ausrichtung der Option auf die Förderung der Alltagsökonomie ist mit erheblichen Widerständen konfrontiert, die sich aus dem Leitbild der unternehmerischen Stadt und den damit verbundenen ökonomischen und politischen Interessen ergeben, die häufig sehr einflussreich sind.

Ein lebenswertes Quartier mit einer guten Nahversorgung und einer funktionierenden sozial-ökologischen Infrastruktur schafft die Voraussetzungen für einen Umstieg auf aktive Mobilität und öffentliche Verkehrsmittel, erleichtert die Sorgeökonomie im Haushalt und reduziert insgesamt den motorisierten Individualverkehr, da Menschen ihre alltäglichen Bedürfnisse in ihrer unmittelbaren Umgebung befriedigen können. Die sozial-ökologische Infrastruktur im Sinne der Alltagsökonomie beinhaltet Wohnraum, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Wasserversorgung und Energiebereitstellung, Grünräume, Medien der Telekommunikation, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Arztpraxen und Feuerwehren; im weiteren Sinn auch die öffentlichen Räume im Allgemeinen. Die Nahversorgung umfasst dagegen die rasch erreichbaren Geschäftslokale des essenziellen Bedarfs, vor allem der Nahrungsmittel, aber auch jene Unternehmen, die unverzichtbare Dienste leisten, beispielsweise Reparaturen an Heizungsgeräten und Installationen, die Finanzdienstleister_innen und Postämter. Dazu zählen im Weiteren auch die entstehenden Formen *Solidarischer Ökonomien* wie beispielsweise Genossenschaften, *food coops* oder Lastenradgruppen, die ein besonderes Potenzial zur Ökologisierung des städtischen Raums aufweisen. Zur Alltagsökonomie gehört jedoch auch die vielgestaltige Subsistenz der Haushalte, die vom Kochen und Putzen über die Sorge für Kinder und ältere Menschen

sowie Kranke bis hin zur Pflege von Nachbarschaften und Freundschaften reicht. Schließlich zählt auch die an der Reproduktion des Lebens orientierte Erwerbsarbeit dazu. Die Option *Common Space* fokussiert in diesem Zusammenhang auf drei spezifische Komponenten der Alltagsökonomie: Nahversorgung, sozial-ökologische Infrastrukturen (in die wir die Daseinsvorsorge einbeziehen) und Sorgeökonomie der Haushalte. Die Option unterstreicht, dass diese Komponenten im sozialen und räumlichen Zusammenhang zu betrachten sind.

11_11.3 Optionenbeschreibung

11_11.3.1 Beschreibung der Option bzw. der zugehörigen Maßnahmen bzw. Maßnahmenkombinationen

Die Option *Common Space* umfasst ein breites Spektrum möglicher konkreter Maßnahmen. Die erste Beispielmaßnahme besteht darin, die Alltagsökonomie von Quartieren, vor allem die Nahversorgung, zu erfassen. Dies ergibt die Wissensbasis für die partizipative Verbesserung der Alltagsökonomie. Die zweite Beispielmaßnahme beinhaltet den Aufbau lokaler Entscheidungsstrukturen, um die Alltagsökonomie weiterzuentwickeln. Daran schließt die dritte Beispielmaßnahme an, die darin besteht, die Lebensmittelversorgung im Quartier als essenziellen Teil der Alltagsökonomie konkret zu verbessern. Die vierte Beispielmaßnahme bezieht sich darauf, den öffentlichen Grünraum inklusiver zu gestalten.

Je nach Maßnahme unterscheiden sich potenzielle Konflikte und Systemwiderstände sowie Barrieren, das Transformationspotenzial und die Umsetzungsanforderungen. Aus diesem Spektrum seien die folgenden exemplarisch hervorgehoben, die Wissensbasis, Entscheidungsstruktur und Raumgestaltung in den Bereichen der Lebensmittelversorgung und der Ausstattung mit sozial inklusiven Grünräumen betreffen. Die Option braucht eine spezifische Wissensbasis, die entsprechende Maßnahmen erfordert, um Informationen zu gewinnen und auszuwerten, und Schlussfolgerungen mit Blick auf eine quartiersorientierte Alltagsökonomie und die Ko-Produktion sozial inklusiver Grünräume zu ziehen. Diese Wissensbasis zu schaffen ist nur zum Teil ein konventioneller Prozess wissenschaftlicher Forschung, und beinhaltet einen erheblich weitergehenden transdisziplinären Prozess des offenen Dialogs verschiedener Akteur_innen und Bewohner_innen eines Quartiers. Dabei kann die Option *Common Space* allerdings nicht stehenbleiben. Gerade die Umsetzung der auf Grundlage einer dialogisch erarbeiteten Wissensbasis möglichen alltagspraktischen Maßnahmen benötigt auch geeignete Entscheidungsstrukturen, die dem transdisziplinären Prozess der Wissensproduktion entsprechen. Ein Beispiel für eine denkbare Maßnahme mit Bezug zur konkreten Alltagsökonomie in einem Quartier ist der Ausbau der Nahversorgung mit Lebensmitteln, einschließlich begegnungs- und interaktionsfördernder Produktions- und *Konsumtionsorte*. Abschließend wird ein Beispiel im Bereich Grünraum dargestellt, das auf den Ergebnissen einer expert_innenbasierten Systemanalyse politisch relevanter Einflussfaktoren beruht. Im Folgenden werden diese vier Beispielmaßnahmen in einem Zusammenhang dargestellt, der deutlich macht, wie die Schaffung einer geeigneten Wissensbasis mit einer Neugestaltung lokaler Entscheidungsstrukturen zusammenspielt und zu konkreten Maßnahmen führen kann.

Beispielmaßnahme 1: Quartiere erfassen

Die konventionelle Raumplanung operiert vorrangig mit abstrakt-formalistischen Begriffen wie dem Bruttoinlandsprodukt, Verkehrsflüssen, Warenströmen, überregionalen Funktionen und *Ranking*-Positionen, die auf physisch-geographische Planungseinheiten bezogen werden. Die Option *Common Space* legt dagegen ein Raumverständnis nahe, das sich an konkreten Aktions- und Wahrnehmungsräumen und deren Veränderlichkeit orientiert, und das mit spezifischen Methoden der Erfassung korrespondiert. Zur Beschreibung und Analyse alltagspraktischer sozial-räumlicher Beziehungsgeflechte, ihrer Einzugsgebiete und Verdichtungen sollten qualitative und quantitative Methoden kombiniert werden. Auszugehen ist dabei immer von den konkreten Alltagspraktiken, Wahrnehmungen und Wünschen von Bewohner_innen, ergänzt um organisationsgebundenes Wissen sowie das Wissen von spezifischen Akteur_innen der Nahversorgung und Daseinsvorsorge (Frey, Kamtner, Kroismayr, Novy & Plank, 2019).

Eine der Grundlagen für die politische Gestaltung einer nachhaltigen Alltagsökonomie auf Quartiersebene ist die Eingrenzung der dafür ausschlaggebenden Einzugsgebiete sozial-räumlicher Beziehungsgeflechte, auf die sich etwa Maßnahmen zur Förderung der Nahversorgung beziehen lassen. Eine geeignete Methode bietet dafür die von Smith & Miller (2012) entwickelte Methode des *ecocity mapping*. Anstelle einer an politischen, administrativen oder physischen Grenzen orientierten Territorialisierung erlaubt das *ecocity mapping* eine weiche Abgrenzung von Sozialräumen, die sich über gemeinsame Bezugspunkte und deren Agglomerationen definieren, die fußläufig erreichbar bzw. erschlossen sind. Diese Räume sind prädestinierte *Common Spaces*, die vielfältige Interaktionen ermöglichen und zur aktiven Mobilität (das heißt zum Verzicht auf Kraftfahrzeuge) motivieren. Diese Bezugspunkte lassen sich als Verdichtungen nachhaltiger Beziehungsgeflechte fassen, die gute Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung und Förderung quartiersorientierter Alltagsökonomien mit einem vorteilhaften Nachhaltigkeitsprofil aufweisen, und von denen ausgehend sich im Kontrast dazu Defiziträume identifizieren lassen. Zu diesen Bezugspunkten gehören die Orte der Nahversorgung, insbesondere Geschäftslokale und Betriebsstätten der Deckung essenzieller Bedarfe (Lebensmittel, Medikamente, Finanzdienstleister_innen, Postämter, bestimmte Dienstleister_innen wie z. B. für Installationen) und wesentliche sozial-ökologische Infrastrukturen der Fürsorge und Begegnung (Grünräume, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, Arztpraxen, öffentliche Räume mit hoher Aufenthaltsqualität). Ein *ecocity mapping* kann in einer Basisvariante mittels eines Geographischen Informationssystems (GIS) und automatisierten Flächenzuordnungen durchgeführt werden und ist mit qualitativen Erhebungen zu ergänzen. Im Anschluss an ein *ecocity mapping* kann eine sozio-ökonomische Raumanalyse und ein Institutionen-*Mapping* ausgewählter Verdichtungsbereiche sozial-räumlicher Beziehungsgeflechte (z. B. Märkte oder öffentliche Plätze) durchgeführt werden (siehe dazu das Beispiel in Frey et al., 2019), etwa um besondere Problemlagen zu identifizieren und konkretere Wissensgrundlagen für alltagspraktisch wirksame Maßnahmen zu generieren. Diese Erfassung ist als transdisziplinärer Prozess zum Aufbau von Wissensallianzen zu konzipieren (Frey et al., 2019).

Das Konfliktpotenzial ist bei einer Erfassung von Quartieren gering, größere Systemwiderstände oder Barrieren sind nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Es ist bei entsprechenden Problemlagen vielmehr davon auszugehen, dass sich viele relevante Akteur_innen aktiv beteiligen, wie auch Erfahrungen aus Wien nahelegen (Frey et al., 2019). Ein bedeutenderes Problem stellt der notwendige Finanzierungsbedarf dar. Das Transformationspotenzial liegt

einerseits darin, dass Informationsgrundlagen für weiterführende Maßnahmen mit alltagspraktischer Relevanz geschaffen werden. Andererseits verändert sich damit auch der Blick auf Stadt, der unter dieser Perspektive die konkreten Qualitäten des städtischen Raums und die lokalen Alltagsroutinen in den Vordergrund rückt. Die Erfassung von Quartieren als alltagspraktische, sozial-räumliche Beziehungsgeflechte ist innerhalb existierender Systeme der Raumplanung und Stadtanalyse grundsätzlich leicht umsetzbar – entsprechenden politischen Willen und das notwendige Umsetzungsinteresse vorausgesetzt.

Beispielmaßnahme 2:

Lokale Entscheidungsstrukturen etablieren

Eine quartiersorientierte Alltagsökonomie, in deren Rahmen auch die Ko-Produktion inklusiver Grünräume günstige Bedingungen vorfindet, kann durch spezifische Entscheidungsstrukturen erheblich gefördert werden. Sie sollten alle Bewohner_innen dabei unterstützen ihre konkreten – und unterschiedlichen – Bedürfnisse und Problemlagen im globalen Beziehungsgeflecht des Quartiers zu artikulieren und politisch zu gestalten. Die konkrete Entwicklung solcher Entscheidungsstrukturen muss von Anfang an Gegenstand eines partizipativ-demokratischen Prozesses sein. Mögliche Elemente solcher Strukturen sind Quartiersmanagement, Quartierszentren, Fachbeirat für die Quartiersentwicklung im Sinn einer gezielten Förderung der Alltagsökonomie und der Ko-Produktion inklusiver Grünräume, sowie regelmäßige allgemein zugängliche Versammlungen, die von Sozial- und Kulturträger_innen initiiert werden. Sinnvoll erscheint ein in zwei Richtungen verschränkter Entscheidungsprozess, der die Maßstabsebenen der Haushalte mit dem Quartier und der Stadt integriert: ‚Von unten‘ ausgehend werden Anliegen gesammelt, Umsetzungen beschlossener Maßnahmen evaluiert und Entscheidungen abgestimmt; ‚von oben‘ werden übergeordnete Planungsvorhaben seitens der Stadtregierung zur öffentlichen Diskussion im Sinn eines ergebnisoffenen Dialogs den Quartiersversammlungen vorgelegt, Wünsche gesammelt, Umsetzungsszenarien erarbeitet und über Methoden der konsensorientierten Entscheidungsfindung abgestimmt (z. B. mittels ‚Systemischem Konsensieren‘).

Diese Maßnahme hat mit erheblichen potenziellen Konflikten zu rechnen. Mögliche Systemwiderstände und Barrieren sind eingefahrene administrative Routinen, politische Interessen auf den etablierten Ebenen und in den dominierenden Formen und Organisationen der Entscheidungsfindung, aber auch fehlende Motivation oder unzureichende soziale, zeitliche und ökonomische Ressourcen von Bewohner_innen, sich in Angelegenheiten ihres Quartiers zu engagieren. Diese Barrieren können mit einer finanziellen Remuneration der Beteiligung an Partizipationsprozessen sowie spezifischen Strategien adressiert werden, um die am schlechtesten gestellten sozialen Gruppen in diese Prozesse einzubeziehen. Bei Defiziten in der Grundlagenerhebung im Sinn einer quartiersorientierten Alltagsökonomie können sich keine problemadäquaten Entscheidungsräume herausbilden. Das Transformationspotenzial ist sehr weitreichend aufgrund einer erheblichen Stärkung von Teilhabe, und wegen des Fokus auf die für Politiken der Nachhaltigkeit ausgesprochen relevante Ebene des Quartiers mit seiner Alltagsökonomie. Die Maßnahme ist innerhalb existierender Systeme umsetzbar, z. B. können die LA21-Gruppen in Wien Anhaltspunkte für erste Schritte in Richtung auf eine solche Entwicklung bieten. Allerdings ist in weiterer Folge eine grundlegende Systemveränderung notwendig, die Entscheidungsmacht neu verteilt.

Beispielmaßnahme 3: Quartiersbezogene Lebensmittelversorgung verbessern

Ein Beispiel für eine konkrete alltagspraktisch relevante Maßnahme, die sich aus der entsprechenden quartiersbezogenen Wissensbasis und förderlichen Entscheidungsstrukturen ergeben kann, ist die Verbesserung der lokalen Lebensmittelversorgung, indem der Schwerpunkt vom individuellen Konsum zu partizipativ-demokratischen Formen des kollektiven Konsums hin verschoben wird. Ein solches Defizit zu verorten, erfordert zunächst die Analyse der Aktionsräume von Bewohner_innen, ihrer Raumwahrnehmungen und Wünsche sowie Alltagsroutinen, die etwa mit den vorrangigen Berufswegen und Aufgaben der Sorgeökonomie im Haushalt (etwa im Bereich der Kinderbetreuung) im Zusammenspiel mit der sozial-ökologischen Infrastruktur (etwa hinsichtlich Einrichtungen zur Kinderbetreuung) zusammenhängen (Beispielmaßnahme 1). Die Artikulation eines solchen Defizits wird durch dauerhaft eingerichtete und transparente, leicht zugängliche und sozial inklusive Formen der Quartierspolitik (Beispielmaßnahme 2) erleichtert. Die Entwicklung von Lösungen kann verschiedene Wege gehen, die sich im Optimalfall aus partizipativ-demokratischen Entscheidungsprozessen auf Quartiersebene ergeben, mit entsprechender Unterstützung durch übergeordnete Ebenen der Stadtregierung. Formen gebrauchswertorientierter Unternehmen wie beispielsweise Genossenschaften können hier eine Rolle spielen, indem Defiziträume, die für profitorientierte Unternehmen wenig interessant sind, in Form von mitgliederbasierten Unternehmen aufgeschlossen und mit Einrichtungen der Nahversorgung ausgestattet werden. Mitgliederbasierte Unternehmen (Genossenschaften, wie beispielsweise *Mitmach-Supermärkte*, aber auch *Food Coops* und andere Formen) sollten allerdings nicht nur zum Füllen von Lücken im profitorientierten Versorgungsnetz berücksichtigt werden, sondern darüber hinaus ein wesentliches Moment einer quartiersbezogenen Alltagsökonomie und Stadtentwicklung sein. Dies erfordert nicht nur entsprechende politische Prozesse auf Quartiersebene und in den relevanten Milieus der Unternehmensgründung, sondern auch auf der Ebene von Stadt, Land und Bund.

Potenzielle Konflikte können sich mit profitorientierten Unternehmen ergeben, sofern Genossenschaften eine größere Bedeutung erlangen sollten. Systemwiderstände und Barrieren können eingefahrene Routinen der Unternehmensförderung und Stadtentwicklung sowie institutionelle Blindstellen gegenüber mitgliederbasierten Unternehmen bilden. Eine weitere Barriere kann mangelndes Interesse potenzieller Mitglieder darstellen. Im Optimalfall ist für mitgliederbasierte Unternehmen ein Kern aktiver Mitglieder notwendig, die den Aufbau und die Ausrichtung des Unternehmens gestalten. Das Transformationspotenzial ist sehr hoch: Die Einbindung von Bewohner_innen in Strukturen ihrer eigenen Nahversorgung stärkt die Teilhabe, erhöht die Krisenresilienz, kann zu einer weitergehenden Demokratisierung der Gesellschaft beitragen und einen wichtigen Weg zur Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen (etwa über Produktinformationen und Unternehmenskommunikation) bilden. Diese Maßnahme ist innerhalb existierender Systeme umsetzbar, würde aber durch Systemveränderungen in unterschiedlichem Ausmaß (etwa auf der Ebene der gesetzlichen Rahmenbedingungen) erheblich begünstigt.

Wesentliche Elemente der quartiersbezogenen Lebensmittelversorgung sind Märkte als Begegnungs- und Austauschorte sowie Gärten, die gemeinschaftlich bewirtschaftet werden (*Urban Gardening*). Diese können auf ebenen Flächen genauso errichtet werden wie an Hauswänden (*Vertical Gardens*) oder auf ungenutzten Dachflächen. Das urbane Gärtnern stärkt die Resilienz

von Quartieren und den Zusammenhalt der Menschen. Zudem fördern die kurzen Wege für die Besorgung von Lebensmitteln nachhaltige Formen der Mobilität.

Beispielmaßnahme 4: Grünraum inklusive gestalten

Die expert_innenbasierte Analyse des Systems, das für die sozial inklusive Gestaltung von Grünraum ausschlaggebend ist, ergibt Partizipation als Schlüsselfaktor im Rahmen einer quartiersbezogenen Alltagsökonomie und Blick auf Prozesse der Ko-Produktion. Eine wesentliche quantifizierbare Zielgröße ist dabei eine ausreichende Fläche an Grünraum pro Einwohner_in. Die Topographie muss als entscheidende Rahmenbedingung mitberücksichtigt werden. Im Sinn der Option *Common Space* sind sozial inklusive Grünräume in das übergreifende Quartier als alltagspraktisches sozial-räumliches Beziehungsgeflecht einzubetten und als deren integraler Bestandteil zu konzipieren, umzusetzen, zu gestalten und zu pflegen. Geeignete lokal situierte und partizipativ-demokratische Entscheidungsstrukturen mit Bezug zur quartiersorientierten Alltagsökonomie (Beispielmaßnahme 2) können solche Prozesse der Gestaltung von Grünraum fördern und deren multifunktionellen Charakter sicherstellen. Dabei sind auch spezifische Angebote für sozial benachteiligte Gruppen zu schaffen. Damit können zugängliche, sichere und inklusive Grünräume erreicht werden, die zudem eine hohe Personendichte und eine entsprechende urbane Aufenthaltsqualität aufweisen.

Grünraum zu schaffen und zu pflegen sollte allerdings auch die Bedürfnisse und eigensinnigen Beiträge der nicht-menschlichen Lebewelt entsprechend berücksichtigen und würdigen. Dies kann zum Teil auch Nutzeffekte für den Menschen zeitigen, etwa indem eine in der Regel ästhetisch ansprechende Artenvielfalt und strukturelle Heterogenität gefördert beziehungsweise zugelassen werden. Darüber hinaus wird damit aber auch die Rolle von urbanem Raum zur Sicherung von nicht-menschlichen Lebensformen anerkannt und das erhebliche Potenzial von Biodiversitätspolitik in der Stadt genutzt, wodurch Stadtplanung auch den nicht auf den Menschen reduzierbaren Charakter von Stadtnatur würdigt.

Potenzielle Konflikte können sich bei entsprechender Ausweitung von Grünraum mit dem Interesse an der Nutzung von Kraftfahrzeugen, mit kommerziellen und Verkehrsinfrastrukturen ergeben. Systemwiderstände und Barrieren der Beispielmaßnahme 2 sind auch für die Schaffung inklusiver Grünräume relevant, weil sie dafür notwendige Entscheidungsstrukturen betreffen. Dazu kommen eingefahrene administrative und Planungsroutinen, die Stadt nicht von Grünräumen herdenken, sondern von der Infrastruktur für (insbesondere den motorisierten) Verkehr, Wohnraum und Geschäftslokale. Die Umsetzung der Maßnahme ist innerhalb existierender Systeme möglich, erfordert im weiteren Verlauf allerdings eine grundlegende Systemveränderung hin zu einer erheblichen Aufwertung von Grünraum als Rückgrat und Gerüst einer lebenswerten Stadt.

11_11.3.2 Erwartete Wirksamkeit

Die Option *Common Space* adressiert sowohl das Target 11.3 als auch das Target 11.7 und behandelt die damit verbundenen Zielrichtungen als Bestandteil einer funktionierenden quartiersorientierten Alltagsökonomie. Durch den Schwerpunkt auf die Schaffung der notwendigen Wissensbasis, die schon im Prozess selbst die grundlegende partizipativ-demokratische Gestaltungsrationalität zum Ausdruck bringt, und korrespondierende Entscheidungsstrukturen, die damit verbunden werden sollten, können positive Rückkopplungen zwischen erhöhter Beteiligung und verstärkt positiven Wirkungen alltagspraktischer Um-

setzungsmaßnahmen geschaffen werden. Negative Auswirkungen sind in Hinblick auf jene ökonomischen und politischen Interessen denkbar, die einer nachhaltigen quartiersorientierten Alltagsökonomie strukturell entgegenstehen, aber auch auf soziale Gruppen, die sich nur unzureichend an den dafür relevanten Entscheidungsprozessen beteiligen können oder wollen. Die Neuverteilung von Entscheidungsmacht und ökonomischen Ressourcen ist nicht in allen Fällen mit *Win-Win*-Situationen für alle Akteur_innen des nicht-nachhaltigen Systems verbunden, weil sich bestimmte Akteur_innen selbst neuformieren müssen, um die Transformation hin zu einem nachhaltigen System zu vollziehen. Grundsätzlich sind Widersprüche zwischen den charakteristischen Praktiken der kapitalistischen Wirtschaftsweise (Inwertsetzung, Wachstums- und Profit- sowie Weltmarktorientierung, Dominanz individuellen Konsums, globaler Massentourismus) einerseits und Anforderungen nachhaltiger Entwicklung sowie Rationalitäten der Alltagsökonomie andererseits zu erwarten. Zudem schränken die Vermarktlichung von Boden und Wohnen sowie die Privatisierung und Finanzialisierung der Daseinsvorsorge die Handlungsspielräume für städtische Politik ein. Hieraus ergeben sich voraussichtlich in vielen Fällen grundlegende Zielkonflikte mit Themen sozialer Gerechtigkeit und Ökologisierung. Die Barrieren einer sozial inklusiven Quartiersentwicklung sind dagegen grundsätzlich durch spezifisch abgestimmte Maßnahmen der Einbindung von sozial benachteiligten Gruppen bearbeitbar. Darauf muss mit Blick auf eine quartiersorientierte Entwicklung der Alltagsökonomie das zentrale Augenmerk gelegt werden. Ein *Monitoring* der Option erfolgt im Optimalfall *von unten* durch geeignete Bewertungs- und Rückmeldungsverfahren im Rahmen der Beispielmaßnahme 2.

11_11.3.3 Bisherige Erfahrungen mit dieser Option oder ähnlichen Optionen

Die Komponenten der Option, das heißt die einzelnen Beispielmaßnahmen sind bereits in verschiedenen Formen im In- und Ausland eingesetzt worden. Die Methoden der Quartiererfassung sind in den USA (Smith & Miller, 2012) und in Wien (Frey et al., 2019) erprobt worden, wobei sich gezeigt hat, dass auf diesem Wege Stakeholder_innen und Bewohner_innen für Fragen der quartiersbezogenen Alltagsökonomie begeistert und entsprechende Gestaltungsprozesse effektiv vorbereitet werden können. Lokal situierte partizipativ-demokratische Entscheidungsstrukturen sind in kleinem Rahmen etwa in Wien in Form der LA21-Gruppen erprobte Praxis, mit einer insgesamt sehr positiven Bilanz nachhaltiger relevanter Projekte mit Bezug zur Alltagsökonomie von Quartieren. Weitergehende Formen blicken etwa in Barcelona auf eine schon längere Geschichte zurück, insbesondere quartiersübergreifende Versammlungen zur Artikulation von Wünschen, Abstimmung von Maßnahmen und Rückmeldungen zu Umsetzungen (Blanco, 2015; Charnock, March & Ribera-Fumaz, 2019). Für die Verbesserung lokaler Lebensmittelversorgung durch mitgliederbasierte Unternehmen gibt es weltweit sehr viele Beispiele; in Österreich etwa die Gründung der Genossenschaft *Um's Egg*. Spezifische urbane und regionale Politiken der Förderung der Nahversorgung zeigen die Möglichkeiten zur Stärkung der Nahversorgung im Lebensmittelsektor auf. Die partizipativ-demokratische Planung sozial inklusiver Grünräume kann auf vereinzelte Beispiele verweisen, ist insgesamt gesehen aber weitgehend Neuland. Selektive Beteiligungsverfahren werden in Österreich nur im Rahmen bestimmter Bauverfahren eingesetzt. Die Berücksichtigung der ko-produktiven Beiträge nicht-menschlicher Lebewesen in der Gestaltung eines qualitativ vollen Lebens in der Stadt, die über menschliche Interessen hinausgeht, kann noch kaum auf nationale oder internationale Beispiele verweisen. Allerdings bieten die

Diskussionen um den Biodiversitätsaspekt, der sogenannten *Grünen Infrastruktur* und entsprechende konzeptionelle Vorarbeiten etwa in Rom dafür Anhaltspunkte (Capotorti et al., 2019).

11_11.3.4 Zeithorizont der Wirksamkeit

Die Option *Common Space* geht von der Basis der alltäglichen Lebensführung auf Quartiersebene aus und findet aus diesem Grund eine Vielzahl an Anknüpfungspunkten vor. Auch einzelne Maßnahmen mit Blick auf die Förderung der Alltagsökonomie können in allen Beispielfällen, die oben beschrieben werden, unmittelbar umgesetzt werden, allerdings nur mit den ersten Schritten. Die Option zielt insgesamt sowie in ihren einzelnen Beispielmaßnahmen auf eine grundlegende Systemtransformation und erfordert entsprechend auch weitergehende Maßnahmen etwa in der Gestaltung von gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Veränderung öffentlicher Diskurse. Die Wirkung, so ist zu erwarten, steigt mit der Zeit, weil die Eingriffstiefe und der Transformationscharakter zunehmen. Die ersten positiven Auswirkungen sind allerdings bei der Umsetzung der Beispielmaßnahmen schon kurzfristig zu erwarten.

11_11.3.5 Vergleich mit anderen Optionen, mit denen das Ziel erreicht werden kann

Die Option *Common Space* ist spezifisch zur Erreichung der mit den Targets 11.3 und 11.7 verbundenen Zielsetzungen konzipiert. Die oben beschriebenen Beispielmaßnahmen adressieren eine Reihe dafür notwendiger Voraussetzungen.

11_11.3.6 Interaktionen mit anderen Optionen

siehe Kapitel 5

11_11.3.7 Offene Forschungsfragen

Alle im Rahmen der Option vorgestellten Maßnahmen erfordern weitergehende Forschungen. Die Methoden des *ecocity mapping*, der sozio-ökonomischen Raumanalyse und des Institutionen-*Mapping* sollten in weiteren Städten und Stadtvierteln vertieft und weiterentwickelt werden. Der Aufbau lokaler partizipativ-demokratischer Entscheidungsstrukturen ist trotz bestehender Anknüpfungspunkte weitgehend Neuland und zu wenig erforscht. Für die Förderung mitgliederbasierter Unternehmen zur Verbesserung lokaler Lebensmittelversorgung gibt es einen vergleichsweise besseren Wissensstand. Allerdings fehlen hier weitgehend Erfahrungen und Wissen zum *Mainstreaming* neuer Formen der Lebensmittelversorgung etwa in Gestalt von *food coops*. Die partizipativ-demokratische Gestaltung von Grünräumen und damit in Zusammenhang stehender urbaner Biodiversitätspolitiken kann auf eine Reihe von Anknüpfungspunkten zurückgreifen, eine ausreichende wissenschaftliche Grundlage fehlt jedoch bislang.

Literatur

Bärnthaler, R., Kroismayr, S., Novy, A., Plank, L. & Strickner, A. (2020). Die Alltagsökonomie als Fundament zukunftsfähiger Stadtentwicklung. *dérive*, 80, 6-11.

Blanco, I. (2015). Between democratic network governance and neoliberalism: A regime-theoretical analysis of collaboration in Barcelona. *Cities*, 44, 123-130.

Capotorti, G., Alós Ortí, M. M., Copiz, R., Fusaro, L., Mollo, B., Salvatori, E. et al. (2019). Biodiversity and ecosystem services in urban green infrastructure planning: A case study from the metropolitan area of Rome (Italy). *Urban Forestry & Urban Greening*, 37, 87-96.

Charnock, G., March, H., & Ribera-Fumaz, R. (2021). From smart to rebel city? Worlding, provincialising and the Barcelona Model. *Urban Studies*, 58(3), 581–600. <https://doi.org/10.1177/0042098019872119>

Exner, A. & Strüver, A. (im Erscheinen). Die nachhaltige Stadt alltäglich denken. In Bukowski, M., Rötzer, A., Gmainer-Pranzl, F. (Hrsg.), *Global denken, nachhaltig handeln. Ein kritisch-interdisziplinärer Blick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen*. Peter Lang-Verlag.

Frey, I., Kamtner, V., Kroismayr, S., Novy, A. & Plank, L. (2019). Alltagsökonomie in Wien. Ein Pilotprojekt in Währing und Favoriten. In MA 18 (Hrsg.), *Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt*. Werkstattbericht 183, S. 38-94.

Gibson-Graham, J. K. (2008). Diverse economies: performative practices for 'other worlds'. *Progress in Human Geography*, 32(5), 613–632.

Harvey, D. (1989). From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. *Geografiska Annaler. Ser.*, 71(1), 3–17.

Lefebvre, H. (1971). *Everyday Life in the Modern World*. Harper & Row.

Polanyi, K. (1997). *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Berlin: Suhrkamp-Verlag.

Smith, R. & Miller, K. (2012). Ecocity Mapping Using GIS: Introducing a Planning Method for Assessing and Improving Neighborhood Vitality. *Progress in Community Health Partners-*

hips, 7(1), 95-106. doi: <https://doi.org/10.1353/cpr.2013.0000>